

II D 5 – 40 42 38

Verfahrensgrundsätze zum Programm
„Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen
bei der Umsetzung von Innovationen
in den Bereichen Messen, Normen, Prüfen und Qualitätssicherung“
(„MNPQ-Transfer“)
vom 20. Dezember 2006

Inhalt

- 1 Zweck des Programms, Grundlagen
- 2 Gegenstand der Förderung
- 3 Antragsteller (Empfänger der Mittel)
- 4 Fördervoraussetzungen
- 5 Art, Umfang und Höhe der Zuweisung einschließlich Auflagen
- 6 Verfahren
- 7 Verwendungsnachweis, Berichterstattung
- 8 Übergangsvorschriften
- 9 Inkrafttreten

Anhang 1 Definitionen zu Forschung und Entwicklung

Anhang 2 Originäre und nicht originäre FuE - Aufgaben der Bundesanstalten

ANLAGEN:

- Anlage 1: Formblatt „Projektantrag“
- Anlage 2: Muster „Verbindliche Absichtserklärung“ des beteiligten Unternehmens
- Anlage 3: Muster „KMU-Status-Bestätigung“ des beteiligten Unternehmens
- Anlage 4: Muster „Kooperationsvertrag“
- Anlage 5: Muster „Schlussbericht“

1 Zweck des Programms, Grundlagen

- 1.1 Bei den technisch-wissenschaftlichen Bundesanstalten im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi), der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB), der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), fallen in erheblichem Umfang wirtschaftlich verwertbare Forschungsergebnisse an, die seitens kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) oftmals nicht zeitnah in marktgerecht aufbereitete Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen umgesetzt werden können. Ein wesentlicher Grund für diese unbefriedigende Situation ist die Tatsache, dass die für eine Vermarktung notwendige Weiterentwicklung von Forschungsergebnissen¹, die im Rahmen der originären Aufgaben² der technisch-wissenschaftlichen Bundesanstalten entstanden sind, von den interessierten KMU nicht allein sondern nur in Zusammenarbeit mit den betreffenden Bundesanstalten realisiert werden kann. Ziel des Programms ist es, Forschungs- und Entwicklungsergebnisse der technisch-wissenschaftlichen Bundesanstalten mit hohem wirtschaftlichen Anwendungspotential in Zusammenarbeit mit KMU zeitnah in marktgerecht aufbereitet innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen einfließen zu lassen und so zu einem stärkeren Technologietransfer beizutragen.
- 1.2 Um die KMU bei dieser Weiterentwicklung zu unterstützen, sollen mit dem Programm „MNPQ-Transfer“ anspruchsvolle Innovationsprojekte gefördert werden, die in Zusammenarbeit zwischen KMU und den Bundesanstalten durchgeführt werden. Dabei stellen die Bundesbehörden ihr spezifisches Know-How bereit, um zum stärkeren Technologietransfer in deutsche KMU beizutragen.

2 Gegenstand der Förderung

- 2.1 Die Förderung erfolgt für Forschungs- und Entwicklungsprojekte³ in den Bereichen Messen, Normen, Prüfen und Qualitätssicherung (MNPQ), soweit diese Projekte auf Forschungs- und Entwicklungsarbeiten von BAM, BGR oder PTB aufbauen.

¹ Definitionen siehe Anhang 1

² Originäre Aufgaben siehe Anhang 2

³ Grundlage für die Bewertung sind die Definitionen der FuE-Stufen im Hinblick auf die Anwendung des Artikels 87 EG-Vertrag in Anlage I zum Gemeinschaftsrahmen für staatliche Forschungs- und Entwicklungsbeihilfen, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 45 vom 17.2.1996, S. 5 (siehe Anhang 1)

- 2.2 Förderfähig sind dabei entsprechende Projekte zwischen mindestens einer Bundesanstalt und einem/mehreren Unternehmen, die auf spezifischem Wissen, Kenntnissen und Erfahrungen der jeweiligen Bundesanstalt(en) aufbauen. Originäre Aufgaben der Bundesanstalten werden nicht gefördert.
- 2.3 Die Projekte sollen zu Ergebnissen führen, die bei den Unternehmen zeitnah in innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umgesetzt werden und sich deutlich von den bisherigen Produkten, Verfahren oder Dienstleistungen abheben und damit Voraussetzungen für die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen schaffen. Die Projekte müssen entsprechende Transfervorschläge einschließen.
- 2.4 Es werden Projekte gefördert, die
- a) Unternehmen mit Geschäfts- und Forschungsbetrieb in Deutschland einbinden,
 - b) in den Unternehmen einen unmittelbaren nachweisbaren wirtschaftlichen Effekt hervorrufen (z.B. Steigerung/ Stabilisierung des Exports/Umsatzes, Personalzuwachs, Arbeitsplatzsicherung) und die
 - c) in Kooperation zwischen mindestens einer Bundesanstalt und einem/ mehreren Unternehmen durchgeführt werden, wobei mindestens 75 v.H. dieser Unternehmen KMU⁴ sind.
- 2.5 Die Projekte sollen eine Laufzeit von höchstens drei Jahren haben.

3 Antragsteller (Empfänger der Mittel)

- 3.1 Antragsberechtigt sind die technisch-wissenschaftlichen Bundesanstalten PTB, BAM und BGR.
- 3.2 Die für die Projekte anfallenden Gesamtausgaben der Bundesanstalt(en) werden vom BMWi zu maximal 90 v.H. finanziert. Dafür stehen entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung. Das BMWi ermächtigt die Bundesanstalten, die Haushaltsmittel zweckgebunden zu verwenden. Die Mittel erhalten ausschließlich die Bundesanstalten. Diese sind berechtigt, einen Teil dieser Mittel zur Auftragserteilung an Dritte zu verwenden, nicht jedoch für Aufträge an die am Projekt direkt beteiligten Unternehmen bzw. mit diesem verbundene Unternehmen. Die Ausgaben für Aufträge an Dritte dürfen 25 v.H. der Gesamtausgaben der jeweiligen Bundesanstalt für ein Projekt nicht überschreiten.

⁴ Ein Unternehmen zählt für diese Verfahrensgrundsätze als KMU, wenn sein Umsatz (einschließlich der Verbund-/Partner-Unternehmen) 125 Mio. Euro nicht übersteigt.

4 Fördervoraussetzungen

4.1 Projektentstehung

Die Projekte sind zwischen einer/ mehreren Bundesanstalt/en und einem/ mehreren Unternehmen mit Geschäfts- und Forschungsbetrieb in Deutschland zu vereinbaren. Unternehmen, die an der Zusammenarbeit mit einer der Bundesanstalten PTB, BAM und BGR interessiert sind, wenden sich mit ihrem Projektvorschlag an die entsprechende Bundesanstalt. Die Unternehmen und die Projektvorschläge müssen den Voraussetzungen und Bedingungen dieser Verfahrensgrundsätze genügen. Von jeder Bundesanstalt müssen alle entsprechenden Projektvorschläge mit Nennung der jeweiligen Unternehmen gleichzeitig mit ihren Projektanträgen gemäß Abschnitt 6.2.3 dem BMWi vorgelegt werden. Zu jedem Projektvorschlag, der nicht als Projektantrag eingereicht wird, jedoch die formalen Kriterien der Verfahrensgrundsätze erfüllt, müssen dabei folgende Angaben gemacht werden:

- a) Projektbezeichnung,
- b) jeweils interessierte(s) Unternehmen,
- c) Kurzbeschreibung des Projektinhaltes,
- d) Kurzbeschreibung der beabsichtigten Verwertung und
- e) Grund der Nichteinreichung eines entsprechenden Projektantrages.

4.2 Eigenanteil der Unternehmen

Der Eigenanteil der Unternehmen besteht aus baren und unbaren Leistungen, die zusammengekommen mindestens 25 v.H. der Gesamtkosten des Projekts ausmachen und sich, bezogen auf die Gesamtausgaben der Bundesanstalt(en) für ein Projekt, folgendermaßen zusammensetzen.

- a) Eigenanteil durch Barleistungen:

Mindestens 10 v.H. der Gesamtausgaben der Bundesanstalt(en) sind durch Barleistungen aller beteiligten Unternehmen zusammen zu erbringen.

- b) Eigenanteil durch unbare Leistungen:

Bei jedem Projekt haben alle beteiligten Unternehmen zusätzlich zu ihren finanziellen Beiträgen auch eigene forschungs- und entwicklungsrelevante Beiträge zu erbringen.

Die Unternehmen beteiligen sich an jedem Projekt durch Sach- und FuE-Leistungen sowie den Einsatz von qualifiziertem Personal.

Diese unbaren Leistungen der an einem Projekt beteiligten Unternehmen müssen gemeinsam mindestens 20 v.H. der Gesamtausgaben der Bundesanstalt(en) für dieses Projekt entsprechen.

Falls dieser Anteil nicht erreicht wird, kann in begründeten Ausnahmefällen ein Ausgleich durch entsprechend höhere Barleistungen erfolgen (siehe Abschnitt 4.2 a).

Die unbaren Leistungen sind auf der Basis des Personaleinsatzes für das Projekt mit folgenden Pauschalen (maximal 160 h im Monat, geringere Zeiten verringern die Pauschalen entsprechend) zu errechnen:

- 6.500 Euro für Personal mit Hoch- und Fachhochschulabschluss;
- 5.500 Euro für Mitarbeiter mit anderen staatlichen Abschlüssen
(z. B. Fachschulingenieur, Techniker, Meister);
- 4.500 Euro für Facharbeiter in einem anerkannten Ausbildungsberuf.

Mit diesen Pauschalen sind sämtliche sonstigen Ausgaben/Kosten abgedeckt.

4.3 Kooperationsvertrag⁵

Die zwischen den beteiligten Bundesanstalten und Unternehmen abzuschließende Vereinbarung muss insbesondere enthalten:

- a) Bundesanstalten und beteiligte Unternehmen;
- b) Festlegung der Federführung (Koordinator);
- c) Verfahren zur Erfolgskontrolle (Projektziel; eindeutige und nach Abschluss des Projektes mit angemessenem Aufwand feststellbare Erfolgskriterien);
- d) Darlegung des gemeinsamen Arbeitsprogramms, insbesondere mit Darstellung der Leistungen der einzelnen Partner, Meilensteine und Termine;
- e) Darstellung aller voraussichtlichen Projektaufwendungen;
- f) Darstellung der Eigenleistungen aller am Projekt beteiligten Unternehmen (Barleistungen und unbare Leistungen);
- g) Konzept für den Know-how-Transfer und die unternehmerische Nutzung der Ergebnisse (Verwertungsplan);
- h) Regelung zu Schutz- und Nutzungsrechten sowie Regelung der gemeinsamen Nutzung der Ergebnisse der Kooperation am Markt; Dabei ist seitens der Bundesanstalten sicherzustellen, dass auf ihrer Seite keine staatliche Beihilfe im Sinne des Artikels 87 Abs. 1 EG-Vertrag vorliegt;
- i) Verpflichtung der Unternehmen, sich an den Berichten und Nachweisen der Bundesanstalten mit den auf sie entfallenden Leistungen am Arbeitsprogramm und der Fortschreibung des Verwertungsplanes zu beteiligen;
- j) Verpflichtung der Unternehmen, die zur Beurteilung des Förderprogramms (Erbringung des Eigenanteils, Erfolgskontrolle) notwendigen Prüfungen durch das BMWi oder seine Beauftragten sowie den Bundesrechnungshof (§ 91, § 100 Bundeshaushaltsordnung) zuzulassen.

⁵ Muster eines Kooperationsvertrages siehe Anlage 4.

4.4 Nicht förderfähige Projekte

Nicht förderfähig sind Projekte,

- a) die ganz oder teilweise im Auftrag Dritter durchgeführt werden,
- b) die bereits im Rahmen anderer Programme aus öffentlichen Mitteln gefördert werden,
- c) für die vor dem Einreichen des Projektantrags eine Vereinbarung mit den beteiligten Unternehmen bezüglich eines identischen Forschungsziels bestand oder
- d) die vor Gewährung der Zuweisung begonnen wurden.

5 Art, Umfang und Höhe der Zuweisung einschließlich Auflagen

- 5.1 Die Förderung besteht in einer zweckgebundenen nicht rückzahlbaren Zuweisung.
- 5.2 Der Gesamtbetrag der Zuweisung für ein Projekt beträgt höchstens 350.000 Euro.
- 5.3 Die Zuweisung an die Bundesanstalten erfolgt zur anteiligen Finanzierung des Projekts. Daraus bestreiten die Bundesanstalten gemäß Projektplanung:
 - a) Personalausgaben für zusätzliches Zeitpersonal, wobei der jeweilige Arbeitsvertrag auf die Laufzeit des Projekts zu befristen ist;
 - b) sächliche Verwaltungsausgaben (Gegenstände bis 400 Euro im Einzelfall, Recherchen, Vergabe von Aufträgen, Geschäftsbedarf, Literatur, Dienstreisen);
 - c) Ausgaben für Gegenstände und Investitionen von mehr als 400 Euro im Einzelfall.
- 5.4 Die für Projekte vorgesehenen Mittel werden den Bundesanstalten jeweils für ein Kalenderjahr zugewiesen.
- 5.5 Wenn im Projektantrag zunächst pauschal Personalausgaben bei den Bundesanstalten veranschlagt wurden, sind diese spätestens drei Monate nach Besetzung der Stelle in ihrer Höhe zu präzisieren und dem BMWi unverzüglich mitzuteilen.
- 5.6 Ein Projekt, an dem mehrere Bundesanstalten gemeinsam beteiligt sind (siehe Abschnitt 4.1), ist ein Verbundprojekt. Bei einem Verbundprojekt erhält jede der Bundesanstalten separate Zuweisungen entsprechend ihrem vereinbarten Anteil am Projekt.
- 5.7 Mehrausgaben, Umwidmungen oder sich abzeichnende Laufzeitveränderungen in einem Projekt sind vorab beim BMWi zu beantragen⁶. Minderausgaben sind dem BMWi unverzüglich mitzuteilen.
- 5.8 Die Höhe des voraussichtlichen jährlichen Mittelbedarfs ist vorab dem BMWi bis zum 31. Oktober eines jeden Jahres zu melden.

⁶ gemäß Formblatt „Projektantrag“, soweit zutreffend, siehe Anlage 1

5.9 Die Zuweisung erfolgt unter der Bedingung, dass der Kooperationsvertrag zwischen den beteiligten Bundesanstalten und Unternehmen (siehe Abschnitte 4.1 und 4.3) innerhalb von drei Monaten nach der Zuweisungsentscheidung dem BMWi vorgelegt wird.

5.10 Die zweckgebundenen Zuweisungen für die Projekte erfolgen i.S. einer Verteilung von Haushaltsmitteln gemäß VV Nr. 3.2 zu § 9 BHO i.V.m. Nr. 1 zu § 34 BHO.

6 Verfahren⁷

6.1 Auswahlverfahren

Die Projekte werden im Wettbewerb zwischen den Bundesanstalten von einer unabhängigen Jury bewertet und vom BMWi nach Maßgabe der vorhandenen Fördermittel ausgewählt. Projektanträge sind auf einem Formblatt zu stellen⁸.

6.2 Antragsverfahren

6.2.1 Die Projektanträge müssen alle zur Beurteilung und Bewertung des Projektes wesentlichen Aussagen enthalten, insbesondere:

- a) Projektkonzept [höchstens 10 Seiten Beschreibung mit Zielsetzung (Innovation, Transfer, Produktskizze) und Qualifikation sowie Voraussetzungen der Partner (Anbindung an sonstige Aufgaben, Erfahrungsstand, materielle und personelle Basis)];
- b) Verwertungsplan einschließlich Verfahren zur Erfolgskontrolle gemäß Abschnitt 4.3c, Art der angestrebten Anwendungen in Produkten, Verfahren und Dienstleistungen sowie deren Anwendungspotential, Wirtschaftlichkeit (höchstens 5 Seiten);
- c) Arbeitsprogramm, Zeitrahmen des Projektablaufs (Beschreibung der vorgesehenen Aufgaben und Umsetzung), Meilensteine und Zeitplan für den Abfluss der Projektmittel (höchstens 4 Seiten);
- d) Erklärung der Bundesanstalt(en), dass die Ausschlussbedingungen gemäß Abschnitt 4.4 nicht zutreffen;
- e) verbindliche Absichtserklärung(en)⁹ des/der zu beteiligenden Unternehmen zur rechtzeitigen Mitwirkung gemäß den Vereinbarungsvorgaben (Abschnitt 4.3), am Zwischenbericht (Abschnitt 7.2) und am Schlussbericht (Abschnitt 7.3) sowie zum Umfang ihrer Eigenleistung (gemäß Abschnitt 4.2 Buchstaben a und b);

⁷ Sämtliche Unterlagen sind in deutscher Sprache einzureichen.

⁸ gemäß Formblatt „Projektantrag“, siehe Anlage 1

⁹ gemäß Muster „Verbindliche Absichtserklärung“, siehe Anlage 2

- f) Bestätigung¹⁰ jedes zu beteiligenden Unternehmens mit Geschäfts- und Forschungsbetrieb in Deutschland über seinen Status als KMU;
- g) Entwurf des Kooperationsvertrages¹¹ der beteiligten Bundesanstalten und mitwirkenden Unternehmen (Vereinbarung nach Abschnitt 4.3, siehe auch Abschnitt 5.9).

6.2.2 Es steht den Teilnehmern frei, weitere Punkte anzufügen, die für eine Beurteilung ihres Projektvorschlages von Bedeutung sind.

6.2.3 Projektanträge müssen bis spätestens zum 30. September eines jeden Jahres beim BMWi vorliegen.

6.2.4 Die Kosten für die Teilnahme am Wettbewerb tragen die Teilnehmer.

6.3 Bewertungs- und Zuweisungsverfahren

6.3.1 Zur Bewertung der Projektanträge setzt das BMWi eine unabhängige mindestens fünfköpfige Jury ein, deren Mitglieder vom BMWi berufen werden. Die Mitglieder müssen einen Wirtschafts- bzw. Industriebezug aufweisen und Fachkenntnisse auf den Arbeitsgebieten mindestens einer Bundesanstalt haben. Insgesamt müssen die Fachkenntnisse so aufgeteilt sein, dass die Arbeitsgebiete aller Bundesanstalten angemessen beurteilt werden können. Aktive und im Ruhestand befindliche Mitarbeiter dieser Bundesanstalten können nicht Mitglied der Jury sein. Die Mitglieder der Jury sind zur Geheimhaltung verpflichtet.

6.3.2 Über die Förderung entscheidet das BMWi auf Vorschlag der Jury nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Bewertungskriterien sind insbesondere:

- a) Umfang der Verwertungsmöglichkeiten, Grad der unmittelbaren wirtschaftlichen Anwendung der Ergebnisse in der Praxis eines oder mehrerer Unternehmen (Beurteilung des Verwertungsplanes);
- b) Nähe der Aufgaben zum Bereich des Mess-, Normen- und Prüfwesens oder der Qualitätssicherung;
- c) wissenschaftlich-technisches Niveau;
- d) Umfang und Art der Kooperation;
- e) Höhe der gesamten Eigenleistungen der beteiligten Unternehmen.

¹⁰ gemäß Muster „KMU-Status-Bestätigung“, siehe Anlage 3

¹¹ gemäß Muster „Kooperationsvertrag“ siehe Anlage 4

7 Verwendungsnachweis, Berichterstattung¹²

- 7.1 Das BMWi ist unmittelbar und umgehend zu informieren, wenn Umstände eintreten, die die erfolgreiche Erfüllung eines Projektes gefährden.
- 7.2 Jeweils drei Monate nach Ablauf eines Kalenderjahres, frühestens jedoch zwölf Monate nach Projektbeginn, ist dem BMWi ein kurzgefasster Zwischenbericht¹³ sowie der Nachweis über die bis dahin erbrachten Eigenleistungen der am Projekt beteiligten Unternehmen zu geben. Eine Fristüberschreitung führt zur Einstellung der Zahlungen für dieses Projekt.
- 7.3 Spätestens vier Monate nach Ablauf des Förderzeitraums ist dem BMWi der Schlussbericht zuzuleiten¹⁴. Der Schlussbericht umfasst neben der fachlichen Darstellung auch den Erfolgskontrollbericht sowie die Darstellung und den Nachweis der Eigenleistung der Unternehmen.
- 7.4 Wenn bei den Bundesanstalten kein geistiges Eigentumsrecht begründet wird, sind die Bundesanstalten verpflichtet, die Ergebnisse innerhalb von neun Monaten nach Abschluss des Projekts zu veröffentlichen oder den fachlich interessierten Stellen in anderer angemessener Weise zugänglich zumachen (z.B. im Jahresbericht oder Publikationen). Zusätzlich ist der Schlussbericht (ohne Erfolgskontrollbericht und Darstellung bzw. Nachweis der Eigenleistung der Unternehmen) bei der Technischen Informationsbibliothek (TIB) an der Universitätsbibliothek Hannover vorzulegen.

8 Übergangsvorschriften

Für die vor Inkrafttreten dieser Richtlinie bis zum 31.10.2006 eingehenden vollständigen Anträge mit Projektstart im Jahr 2007 gelten die Regelungen - außer Abschnitt 6.2.3 - sinngemäß.

9 Inkrafttreten

Diese Verfahrensgrundsätze treten am 1. Januar 2007 in Kraft.

Berlin, den 22. Dezember 2006

Th. Zuleger

¹² Sämtliche Unterlagen sind in deutscher Sprache einzureichen

¹³ Aufzählung der wichtigsten Zwischenergebnisse, Vergleich des Standes des Projekts gegenüber dem ursprünglichen Projektantrag, Aussichten für die Erreichung des Ziels, eventuell notwendige Änderungen des Ziels; analog Muster für den Schlussbericht siehe Anlage 5, soweit zutreffend.

¹⁴ Muster für den Schlussbericht siehe Anlage 5

Definitionen zu Forschung und Entwicklung

Grundlagenforschung:

Grundlagenforschung dient der Erweiterung der wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse, die nicht auf industrielle oder kommerzielle Ziele ausgerichtet sind.

Industrielle Forschung:

Industrielle Forschung ist das planmäßiges Erforschen oder kritisches Erforschen zur Gewinnung neuer Kenntnisse mit dem Ziel, diese Kenntnisse zur Entwicklung neuer Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen oder zur Verwirklichung erheblicher Verbesserungen bei bestehenden Produkten, Verfahren oder Dienstleistungen nutzen zu können.

Vorwettbewerbliche Entwicklung:

Vorwettbewerbliche Entwicklung umfasst die Umsetzung von Erkenntnissen der industriellen Forschung in einen Plan, ein Schema oder einen Entwurf für neue, geänderte oder verbesserte Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen, unabhängig davon, ob sie zum Verkauf oder zur Verwendung bestimmt sind, einschließlich der Schaffung eines ersten, nicht zur kommerziellen Verwendung geeigneten Prototyps. Außerdem kann sie die konzeptionelle Planung und den Entwurf von alternativen Produkten, Verfahren oder Dienstleistungen wie auch erste Demonstrations- oder Pilotprojekte umfassen, sofern diese Projekte nicht für industrielle Anwendungen oder eine kommerzielle Nutzung umgewandelt oder verwendet werden können. Sie umfasst keine routinemäßigen oder regelmäßigen Änderungen an bestehenden Produkten, Produktionslinien, Herstellungsverfahren, Dienstleistungen und anderen laufenden betrieblichen Prozesses, selbst wenn diese Änderungen Verbesserungen darstellen können.

Originäre und nicht originäre FuE - Aufgaben der Bundesanstalten

Zu den originären Forschungs- und Entwicklungsaufgaben der technisch-wissenschaftlichen Bundesanstalten PTB, BAM und BGR zählen Grundlagenforschung sowie prinzipiell industrielle Forschung und vorwettbewerbliche Entwicklung für Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen, soweit sie exakt in deren Aufgabenspektrum passen (vergleiche Definitionen Anhang 1).

Im Rahmen der aufgabenbezogenen Grundlagenforschung entstehen oftmals Prototypen von Geräten oder Demonstrationsverfahren, die für eine kommerzielle Verwertung in der vorliegenden Form nicht geeignet sind

Der für diese Verwertung erforderliche zusätzliche Aufwand an industrieller Forschung bzw. vorwettbewerblicher Entwicklung, der nur in enger Zusammenarbeit mit interessierten Unternehmen erfolgen kann, ist Gegenstand dieser Förderung. Damit wird der notwendige Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch in die Wirtschaft realisiert. Die darüber hinausgehende Weiterentwicklung zur kommerziellen Verwendung oder industriellen Anwendung zum wirtschaftlichen Nutzen eines Unternehmens ist keine originäre Aufgabe der Bundesanstalten und damit auch nicht Ziel dieser Fördermaßnahme.

Projektantrag

Nr.: ____/____ Bundesanstalt

zum Programm
"MNPQ-Transfer"

Nr.: ____/____ BMWi

Antragsteller

Datum:

Federführende Bundesanstalt, Adresse:	
Weitere Bundesanstalten, Adressen:	
Projektleiter und Organisationseinheit:	
Telefon:	
E-Mail:	

Kurztitel des Projekts (höchstens 2 Zeilen, < 150 Zeichen)

--

Geplante Laufzeit: Monate

Projektbeginn:	Projektende:
----------------	--------------

Kurzbeschreibung des Projekts (max. 12 Zeilen)

--

Kurzbeschreibung der Wirtschaftlichkeit/Verwertung (max. 12 Zeilen)

--

Anzahl der beteiligten Unternehmen _____

Unternehmen 1

Firma:	
Ansprechpartner: Telefon, Email	
Adresse:	
KMU: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	gemäß beigefügter „KMU-Status-Bestätigung“ des Unternehmens

Unternehmen 2

Firma:	
Ansprechpartner: Telefon, Email	
Adresse:	
KMU: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	gemäß beigefügter „KMU-Status-Bestätigung“ des Unternehmens

Unternehmen 3

Firma:	
Ansprechpartner: Telefon, Email	
Adresse:	
KMU: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	gemäß beigefügter „KMU-Status-Bestätigung“ des Unternehmens

Geplante Projektausgaben und Eigenleistungen (in Euro)

	Anteil der federführenden Bundesanstalt	Anteil beteiligter Bundesanstalt	Summe der Anteile
Kürzel der Bundesanstalt			
A. Personalkosten	€	€	
B. Sächliche Verwaltungsausgaben			
Gegenstände bis zu 400 Euro im Einzelfall	€	€	
Vergabe von Aufträgen (<= 25 %)	€	€	
Verbrauchsmaterial	€	€	
Dienstreisen	€	€	
C. Gegenstände und andere Investitionen von mehr als 400 Euro im Einzelfall	€	€	
Projektausgaben der Bundesanstalten (Spaltensummen) (= 100 %)	€	€	€
Eigenleistung in unbaren Leistungen beteiligter Unternehmen (>= 20 %)			€
Eigenleistung in Barleistungen beteiligter Unternehmen (>= 10 %)	€	€	€
Zuweisungsbedarf (<= 90 %)	€	€	€
Mittelabfluss der Zuweisung im Jahr 20__	€	€	
20__	€	€	
20__	€	€	
Gesamte Projektkosten			€
Davon gesamte Eigenleistungen der beteiligten Unternehmen			€

Für eine Abgrenzung der Projektkosten incl. Gemeinkosten gegenüber den Kosten für die Durchführung der originären Aufgaben der Bundesanstalten werden folgende Angaben gemacht.

	federführende Bundesanstalt	beteiligte Bundesanstalt
Kürzel der Bundesanstalt		
Kalkulatorische Personal- incl. Gemeinkosten		
Arbeitsstunden ¹⁵	h	h
Stundensatz gemäß KLR	€	€

Hiermit erkläre ich zu Abschnitt 4.4 der Verfahrensgrundsätze, dass

- a) die Durchführung des Projekts nicht im Auftrag Dritter erfolgt;
- b) es für das Projekt keine Förderung nach einem anderen Programm aus öffentlichen Mitteln gibt;
- c) vor dem Einreichen des Projektantrags keine Vereinbarung mit den beteiligten Unternehmen bezüglich eines identischen Forschungsziels bestand;
- d) das Projekt vor Gewährung der Zuweisung nicht begonnen wird.

Im Auftrag

Unterschrift: _____

Anlagen:

- a) Verbindliche Absichtserklärungen der zu beteiligenden Unternehmen
- b) KMU-Status-Bestätigungen der zu beteiligenden Unternehmen
- c) Projektkonzept (max. 10 S.)
- d) Verwertungsplan einschließlich Verfahren zur Erfolgskontrolle (max. 5 S.)
- e) Arbeitsprogramm einschließlich Zeitplan (max. 4 S.)

¹⁵ bezogen auf eine wöchentliche Arbeitszeit von 39 Stunden und 215 Arbeitstage pro Jahr.

Verbindliche Absichtserklärung

(Anlage zum Projektantrag gemäß Abschnitt 6.2.1 e der Verfahrensgrundsätze)

Kurztitel des Projektes:

Gemeinsames Projekt mit federführender Bundesanstalt: _____

und weiterer Bundesanstalt: _____

Beteiligtes Unternehmen

Firma

Name(n) des/der Geschäftsführer _____

Rechtsform

- Einzelunternehmen
 GmbH
 GmbH & Co KG
 OHG
 KG
 AG
 Sonstige: _____

Anschrift

Hausadresse:

Postadresse:

Straße: _____

Postfach: _____

PLZ/Ort: _____

PLZ: _____

Bundesland: _____

Internet: _____

Falls Geschäftsbetrieb sich andernorts befindet:

Hausadresse:

Postadresse:

Straße: _____

Postfach: _____

PLZ/Ort: _____

PLZ: _____

Bundesland: _____

Internet: _____

Ansprechpartner

Name: _____ Vorname: _____ akad. Titel: _____

geb.: _____

Telefon (mit Vorwahl): _____ Telefax (mit Vorwahl): _____

E-Mail: _____

Amtlicher Registereintrag

Amtsgericht/Handwerkskammer/Gewerbeamt: _____

Gründungsjahr: _____ Reg.-Nr.: _____ Reg.-Datum: _____

Hiermit erkläre ich, dass

- a) die Mitwirkung gemäß den Vereinbarungsvorgaben gemäß Abschnitt 4.3 („Kooperationsvertrag“) der Verfahrensgrundsätze rechtzeitig erfolgt,
- b) die Eigenleistung gemäß Abschnitt 4.2 der Verfahrensgrundsätze zu den Barleistungen in Höhe von Euro und zu den unbaren Leistungen im vorgesehenen Umfang gemäß Anlage erfolgt
- c) die Mitwirkung am Zwischenbericht (Abschnitt 7.2 der Verfahrensgrundsätze) und am Schlussbericht (Abschnitt 7.3 der Verfahrensgrundsätze) einschließlich Erfolgskontrollbericht sowie Darstellung und Nachweis der Eigenleistung rechtzeitig erfolgen.

rechtsverbindliche

Datum: _____

Unterschrift: _____

ANLAGE:

Tabelle der unbaren Eigenleistungen

Diese setzen sich folgendermaßen zusammen:

	<Unternehmensname>
A. Personalkosten	€
B. Sächliche Verwaltungsausgaben	
Gegenstände bis zu 400 Euro im Einzelfall	€
Vergabe von Aufträgen	€
Verbrauchsmaterial	€
Dienstreisen	€
C. Gegenstände und andere Investitionen von mehr als 400 Euro im Einzelfall	€
Summe	€

KMU-Status-Bestätigung

(Anlage zum Projektantrag gemäß Abschnitt 2.4 Buchstabe a und c
der Verfahrensgrundsätze)

Datum: _____

Kurztitel des Projektes:

Projekt mit federführender Bundesanstalt: _____

und weiterer Bundesanstalt: _____

Beteiligtes Unternehmen

Firma:

Name(n) des/der Geschäftsführer _____

Amtlicher Registereintrag

Amtsgericht/Handwerkskammer/Gewerbeamt: _____

Gründungsjahr: _____ Reg.-Nr.: _____ Reg.-Datum: _____

Gemäß „KMU-Informationsblatt zur Einstufung als Verbund-, Partner- oder eigenständiges Unternehmen“ (Abschnitt 2.4 c der Verfahrensgrundsätze) ist o. g. Unternehmen ein

- „Eigenständiges Unternehmen“
 „verbundenes Unternehmen“ und/oder „Partnerunternehmen“

Nach den Kriterien für KMU in den „Verfahrensgrundsätzen“ 2.4 c ist hierbei allein der Grenzwert für den Jahresumsatz von 125 Mio Euro zu Grunde gelegt worden.

Zum Stichtag des letzten durchgeführten Rechnungsabschlusses im Jahr _____ betrug der Jahresumsatz (ggf. einschließlich verbundener Unternehmen und Partnerunternehmen)
_____ Euro.

Soweit das o. g. Unternehmen kein „eigenständiges Unternehmen“ ist, wird die Berechnungsgrundlage gemäß „Berechnungsbogen“ des o.a. KMU-Informationsblattes beigelegt.

Hiermit bestätige ich, dass das o. g. Unternehmen

- a) seinen Geschäfts- und Forschungsbetrieb in Deutschland hat und
- b) der Umsatz (ggf. einschließlich Verbund-/ Partnerunternehmen) im Jahr des letzten durchgeführten Rechnungsabschlusses 125 Mio. Euro nicht übersteigt.

Mir ist bekannt, dass sämtliche Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 StGB sind.

Ort: _____

Datum: _____

rechtsverbindliche

Unterschrift: _____

Anlagen: Berechnungsbogen (Deckblatt mit Anlage A und/oder Anlage B)

Vereinbarung (Kooperationsvertrag) (gemäß Abschnitt 4.3 der Verfahrensgrundsätze)

zwischen

der

Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig und Berlin, Bundesallee 100,
38116 Braunschweig

Bundesanstalt für Materialforschung und –prüfung, Unter den Eichen 87,
12205 Berlin

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Stilleweg 2,
30655 Hannover

- nachstehend PTB / BAM / BGR genannt -

und

der

Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig und Berlin, Bundesallee 100,
38116 Braunschweig

Bundesanstalt für Materialforschung und –prüfung, Unter den Eichen 87,
12205 Berlin

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Stilleweg 2,
30655 Hannover

- nachstehend PTB / BAM / BGR genannt -

und

der (Partner 1)

- nachstehend genannt -

und

der (Partner 2)

- nachstehendgenannt -

Präambel

Es zählt zu den satzungsgemäßen Aufgaben von PTB / BAM / BGR, den Transfer innovativer Erfindungen in die Wirtschaft zu fördern. Im Fachbereich der PTB /BAM /BGR wurde ein Verfahren/..... zur entwickelt. Daneben werden im Fachbereich der PTB /BAM /BGR Arbeiten zur durchgeführt, die für die unten genannte Zusammenarbeit notwendig sind.

Die (Partner 1)betreibt Forschung auf dem Gebiet und entwickelt und produziert als Industrieunternehmen

Die (Partner 2) betreibt Forschung auf dem Gebiet und entwickelt und produziert als Industrieunternehmen

Durch die Zusammenarbeit der Parteien soll ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt zum Thema

durchgeführt werden.,

Die PTB /BAM /BGR erhält hierfür eine finanzielle Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMW) aus dem Programm „MNPQ-Transfer“ für anspruchsvolle wissenschaftliche Forschungs- und Entwicklungsprojekte zur Unterstützung vorwiegend kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Umsetzung in Innovationen. Das Ziel dieses Programms ist, Forschungs- und Entwicklungsergebnisse der technisch-wissenschaftlichen Bundesanstalten des BMW mit hohem wirtschaftlichen Anwendungspotential zeitnah in marktgerecht aufbereitete innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen einfließen zu lassen und so zu einem stärkeren Technologietransfer beizutragen. Auf diese Weise soll der Forderung nach einem hohen Qualitätsniveau in den o. g. Bereichen und dessen Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb Rechnung getragen werden.

Zusammenarbeit

§ 1 Gegenstand der Zusammenarbeit

- (1) Die Parteien vereinbaren eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der, speziell Zweck dieser Zusammenarbeit ist die Intensivierung der Forschung und Entwicklung auf dem genannten Gebiet und die Umsetzung der Ergebnisse in innovative Produkte, insbesondere Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind
- (2) Mit ihrer Zusammenarbeit verfolgen die Parteien insbesondere folgende Ziele:
 -
 -
 -
- (3) Das gemeinsame Arbeitsprogramm mit der Darstellung der Aufgabenverteilung, den Meilensteinen und dem Zeitplan für die Kooperation ist in der Anlage zu dieser Vereinbarung festgelegt.
- (4) Die Parteien werden sich bei der Berichterstattung und der Vorlage von Nachweisen gegenüber dem BMW und ggf. dem BRH gegenseitig unterstützen. Insbesondere verpflichten sich

(Partner 1, 2), sich an der Darstellung der von ihnen durchgeführten Leistungen, der erzielten Ergebnisse, der Fortschreibung des als Anlage beigefügten Verwertungsplans und der Nachweise zu den Ausgaben des/der unbaren Eigenanteile(s) sowie der Zwischen- und Schlussberichte einschließlich der Erfolgskontrolle in erforderlichem Umfang zu beteiligen und die erforderlichen Unterlagen innerhalb der gesetzten Fristen fertig zu stellen.

§ 2 Durchführung der Zusammenarbeit

- (1) Die Kooperation wird auf der Basis der gleichberechtigten kollegialen Zusammenarbeit durchgeführt. Die erforderliche Koordinierung und Federführung insbesondere gegenüber dem BMWi liegt bei der PTB /BAM /BGR.
- (2) Die Parteien benennen Herrn/Frau (PTB /BAM /BGR), Herrn/Frau (Partner 1) und Herrn/Frau (Partner 2) als für die Kooperation zuständige Ansprechpartner. Ihnen obliegt die Planung, Organisation, Kontaktaufnahme und Diskussion der gemeinsamen Projekte; sie übernehmen jeweils die wissenschaftliche Verantwortung für die Zusammenarbeit.

Finanzen, Beteiligung der Partner

§ 3 Förderung

- (1) Zur Finanzierung der im Arbeitsprogramm aufgeführten Aufgaben und der in der Anlage zu dieser Vereinbarung dargestellten voraussichtlichen Projektausgaben erhält die PTB /BAM /BGR eine Zuweisung aus dem Programm „MNPQ-Transfer“ im Umfang der Zuweisungsentscheidung.

§ 4 Barleistungen der Partner

- (1) Die(Partner 1)..... beteiligt sich jedoch an den der PTB /BAM /BGR aus der Zusammenarbeit entstehenden Gesamtausgaben mit einer Barleistung von

..... €

(in Worten: Euro)

Diese Barleistung wird der PTB /BAM /BGR wie folgt zur Verfügung gestellt:

Betrag: € Termin:

Betrag: € Termin:

Betrag: € Termin:

- (2) Die(Partner 2)..... beteiligt sich jedoch an den der PTB /BAM /BGR aus der Zusammenarbeit entstehenden Gesamtausgaben mit einer Barleistung von

..... €

(in Worten: Euro)

Diese Barleistung wird der PTB /BAM /BGR wie folgt zur Verfügung gestellt:

Betrag: € Termin:

Betrag: € Termin:

Betrag: € Termin:

- (3) Die PTB /BAM /BGR verpflichtet sich, die/den finanziellen Beiträge/Beitrag der/des Partner/Partners zweckgerichtet für die Durchführung der im Rahmen dieses Vertrags festgelegten Forschungs- und Entwicklungskooperation zu verwenden.

§ 5 Unbare Leistungen der Partner

- (1) Die (Partner 1)..... und (Partner 2)..... beteiligen sich an dem Projekt durch Sach- und FuE-Leistungen sowie Einsatz von qualifiziertem Personal mit einem Eigenanteil an unbaren Leistungen gemäß beigefügter Tabelle.

Weitere Regelungen

§ 6 Vertraulichkeit

- (1) Die Parteien dieser Vereinbarung werden Informationen technischer oder geschäftlicher Art der jeweiligen anderen Partei vertraulich behandeln und Dritten nicht zugänglich machen, solange und soweit
- a) diese Information nicht auf andere Weise allgemein bekannt geworden ist,
 - b) diese Information der empfangenden Partei nicht schon vor der Mitteilung bekannt waren oder ihr danach durch einen Dritten mitgeteilt werden, ohne dass sie von diesem zur Geheimhaltung verpflichtet wurde,
 - c) diese Informationen vor der Übermittlung von der empfangenden Partei unabhängig von der Mitteilung entwickelt worden sind oder
 - d) die jeweilige Partei auf die vertrauliche Behandlung schriftlich verzichtet hat.
- (2) Die Vertraulichkeit gilt für die Dauer der Vereinbarung zzgl. 18 Monate nach ihrem Ablauf.

§ 7 Erkenntnisse, Veröffentlichungen, Schutzrechte

- (1) Die Parteien streben Veröffentlichungen über die Ergebnisse der Forschungsarbeiten an. Veröffentlichungen sind abzustimmen, die Forschungszusammenarbeit ist in ihnen deutlich hervorzuheben.
- (2) Die Parteien räumen sich für den Zweck der Durchführung und die Dauer der Zusammenarbeit an Know-how, urheberrechtlich geschützten Ergebnissen, an Erfindungen und erteilten Schutzrechten, die bei Beginn der Zusammenarbeit bereits vorhanden waren, im Rahmen der rechtlichen

Möglichkeiten und soweit dies erforderlich ist, ein nicht ausschließliches unentgeltliches Nutzungsrecht ein.

- (3) Etwaige bei der Kooperation anfallende schutzfähige Ergebnisse oder Erkenntnisse stehen der Partei, bei der sie entstanden sind, uneingeschränkt zur Nutzung zu. Für Zwecke der Durchführung und die Dauer der Kooperation räumen die Parteien einander ein nicht ausschließliches unentgeltliches Nutzungsrecht an diesen Ergebnissen und an möglicherweise darauf erteilten Schutzrechten ein. Soweit Ergebnisse durch Urheberrechte geschützt sind, erteilen sich die Parteien gegenseitig das nicht ausschließliche unentgeltliche Recht, diese Ergebnisse in allen Nutzungsarten unentgeltlich für die Zwecke der Kooperation zu nutzen.
- (4) Das Konzept für den Know-how-Transfer und die wirtschaftliche Nutzung der im Rahmen der Kooperation erzielten Ergebnisse beruht auf dem als Anlage zu dieser Vereinbarung beigefügten Verwertungsplan. Auf der Grundlage dieses Verwertungsplans bieten die Parteien einander das Know-how, die urheberrechtlich geschützten Ergebnisse, Erfindungen und ggf. erteilte Schutzrechte zur wirtschaftlichen Verwertung an. Die PTB /BAM /BGR erhält ein nicht ausschließliches unentgeltliches Nutzungsrecht für satzungsgemäße Zwecke.
- (4a)¹⁶ Sind neben der PTB /BAM /BGR mehrere Partner an dieser Kooperation beteiligt und erbringen diese gleichwertige Leistungen (Barleistungen, Personalabstellung und Sachmittel), so sind Vergütungsansprüche für die gegenseitige Einräumung von Nutzungsrechten an den im Rahmen der Kooperation entstandenen Ergebnissen abgegolten. In den Fällen, in denen ein Ungleichgewicht bei der Leistungsverteilung besteht oder die Partner an einer wechselseitigen Übertragung von Nutzungsrechten kein Interesse haben, soll eine zusätzliche marktübliche Vergütung vereinbart werden.
- (5) Werden während der Laufzeit dieser Vereinbarung Erfindungen von Angehörigen der Parteien gemeinschaftlich gemacht, so werden sich die Parteien gütlich über die Fragen der Anmeldung zum Schutzrecht, der Aufrechterhaltung dieser Anmeldung und der darauf zur Erteilung gelangten Schutzrechte, der Übernahme der amtlichen Gebühren, der Gebühren und Kosten für die Patentanwälte und der Arbeitnehmererfindervergütung einigen. Gemeinsame Erfindungen kann jeder Partner uneingeschränkt in seiner Unternehmung nutzen.

§ 8 Haftung

- (1) Die Parteien haften einander für bei Durchführung dieser Forschungsk Kooperation entstehende Schäden nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Diese Haftungsbegrenzung gilt auch für die Mitarbeiter der Parteien und gegenüber Dritten.

¹⁶ Absatz entfällt bei nur einem Partner

- (2) Die Mitarbeiter jeder Partei haben sich an die in der Gasteinrichtung geltenden Arbeitsregeln und Sicherheitsbestimmungen zu halten.

§ 9 Kündigung, Schiedsbarkeit und Sonstiges

- (1) Diese Vereinbarung tritt am..... / mit Unterzeichnung in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum

Die Parteien vereinbaren, die Kooperation nicht ohne wichtigen Grund zu verlassen.

- (2) Ergänzungen und Änderungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.
- (3) Bei Streitigkeiten über die gegenseitigen Rechte und Pflichten aus dieser Vereinbarung werden sich die Parteien zunächst um eine einvernehmliche Lösung bemühen. Streitigkeiten über Schutzrechtsfragen, die sich im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung ergeben, werden die Parteien nach der Schiedsgerichtsordnung der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e. V. (DIS) unter Ausschluss des ordentlichen Rechtswegs endgültig entscheiden. Das zu bestellende Schiedsgericht besteht aus drei Schiedsrichtern, wobei der Vorsitzende Volljurist sein muss und von der DIS vorgeschlagen wird. Als beisitzende Schiedsrichter werden auf Vorschlag der Parteien zugelassene Patentanwälte bestellt.
- (4) Jede Partei kann die Vereinbarung mit einer Frist von einem Monat aus wichtigem Grund schriftlich kündigen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn eine Partei belegen kann, dass die mit der Zusammenarbeit verfolgten Projektziele aus fachlich-technischen Gründen nicht erreicht werden können. Während der Kündigungsfrist bestehen die Pflichten der kündigenden Partei unverändert fort. Dem BMWi sind der erreichte Stand der Zusammenarbeit und die zur vorzeitigen Beendigung des Projektes führenden Gründe in einem Bericht zu dokumentieren.

Für die ausscheidende Partei beschränken sich die Nutzungsrechte aus § 5 dieser Vereinbarung auf die von ihr selbst erbrachten Forschungsergebnisse. Zur Weitergabe anderer Informationen und Ergebnisse aus dem Projekt ist sie nicht berechtigt.

Die Verpflichtungen der anderen Partei(en) aus dieser Vereinbarung gegenüber der ausscheidenden Partei gelten nur für die bis zur Kündigung erzielten Ergebnisse. Ihre Nutzungsrechte bleiben unverändert.

Nach dem Ausscheiden einer Partei bleibt es den übrigen Parteien unbenommen, dass Projekt fortzuführen. Hierzu muss neben mindestens einer Bundesanstalt mindestens ein Unternehmen beteiligt sein.

Braunschweig, / Berlin, / Hannover,

Physikalisch-Technische Bundesanstalt

Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Im Auftrag

Ort,

Partner 1 _____

Ort,

Partner 2 _____

Anlagen¹⁷:

- Arbeitsprogramm einschließlich Zeitplan (zu § 1 Abs. 3)
- Verwertungsplan einschließlich Verfahren zur Erfolgskontrolle (zu § 1 Abs. 4)
- Tabelle: Voraussichtliche Projektausgaben der Bundesanstalt(en) (zu § 3)
und unbare Eigenleistung(en) der Unternehmen (zu § 5)

¹⁷ gemäß Abschnitt 4.3 Buchstaben c, d, e, f und g der Verfahrensgrundsätze zum Programm MNPQ-Transfer

ANLAGE zum Kooperationsvertrag:

Tabelle der Gesamtausgaben der Bundesanstalten und der unbaren Eigenleistungen der beteiligten Unternehmen.

	Gesamtausgaben der Bundesanstalten		unbare Eigenleistungen der Unternehmen	
	<Bundesanstalt 1>	< Bundesanstalt 1>	<Partner 1>	<Partner 2>
A. Personalkosten	€	€	€	€
B. Sächliche Verwaltungsausgaben				
Gegenstände bis zu 400 Euro im Einzelfall	€	€	€	€
Vergabe von Aufträgen	€	€	€	€
Verbrauchsmaterial	€	€	€	€
Dienstreisen	€	€	€	€
C. Gegenstände und andere Investitionen von mehr als 400 Euro im Einzelfall	€	€	€	€
Summen:	€	€	€	€

Schlussbericht

(gemäß Abschnitt 7.3 der Verfahrensgrundsätze)

- I. Kurze Darstellung zu:
1. Aufgabenstellung aus dem Bereich Messen, Normen, Prüfen oder Qualitätssicherung;
 2. Voraussetzungen, unter denen das Projekt durchgeführt wurde;
 3. wissenschaftlichem und technischem Stand, an den angeknüpft wurde;
 4. Planung und Ablauf des Projekts (Zusammenarbeit mit den Projektbeteiligten);
 5. Zusammenarbeit mit Stellen außerhalb des Projektes zu mit den Projektthemen verwandten Themen.
- II. Eingehende Darstellung:
1. des erzielten Ergebnisses;
 2. des voraussichtlichen Nutzens, insbesondere der Verwertbarkeit des Ergebnisses im Sinne des fortgeschriebenen Verwertungsplans;
 3. des während der Durchführung des Projekts bekannt gewordenen Fortschritts auf dem Gebiet des Projekts bei anderen Stellen;
 4. der erfolgten oder geplanten Veröffentlichungen des Ergebnisses¹⁸.
- Wenn zur Wahrung berechtigter Interessen der Projektpartner oder Dritter oder aus anderen sachlichen Gesichtspunkten bestimmte Einzelheiten aus dem Bericht vertraulich zu behandeln sind (z.B. zur Wahrung der Priorität bei Schutzrechtsanmeldungen), so ist darauf ausdrücklich hinzuweisen.
- III. Als Anlage ist ein kurzgefasster Erfolgskontrollbericht beizufügen.
Dieser muss darstellen:
1. den Beitrag des Ergebnisses zu den Zielen des Programms „MNPQ-Transfer“;
 2. die gesammelten wesentlichen Erfahrungen bei der Projektbearbeitung;
 3. die Fortschreibung des Verwertungsplans. Dieser soll, soweit im Einzelfall zutreffend, Angaben zu folgenden Punkten enthalten (Geschäftsgeheimnisse der beteiligten Unternehmen brauchen nicht offenbart zu werden):

¹⁸ Wenn bei den Bundesanstalten kein geistiges Eigentumsrecht begründet wird, sind die Bundesanstalten verpflichtet, die Ergebnisse innerhalb von neun Monaten nach Abschluss des Projekts zu veröffentlichen oder den fachlich interessierten Stellen in anderer angemessener Weise zugänglich zu machen. Zusätzlich ist der Schlussbericht (ohne Erfolgskontrollbericht und Darstellung bzw. Nachweis der Eigenleistung der Unternehmen) bei der Technischen Informationsbibliothek (TIB) an der Universitätsbibliothek Hannover vorzulegen.

- a) Erfindungen/Schutzrechtsanmeldungen und erteilte Schutzrechte, die von der Bundesanstalt oder von den am Projekt beteiligten Unternehmen gemacht oder in Anspruch genommen wurden, sowie deren standortbezogene Verwertung (Lizenzen u.a.) und erkennbare weitere Verwertungsmöglichkeiten,
 - b) Wirtschaftliche Erfolgsaussichten nach Projektende (mit Zeithorizont) - z.B. auch funktionale/wirtschaftliche Vorteile gegenüber Konkurrenzlösungen, Nutzen für verschiedene Anwendergruppen/-industrien am Standort Deutschland, Umsetzungs- und Transferstrategien (Angaben, soweit die Art des Projekts dies zulässt),
 - c) Wissenschaftliche und/oder technische Erfolgsaussichten nach Projektende (mit Zeithorizont) - u.a. wie die geplanten Ergebnisse in anderer Weise (z.B. für öffentliche Aufgaben, Datenbanken, Netzwerke, Transferstellen etc.) genutzt werden können. Dabei ist auch eine etwaige Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen, Firmen, Netzwerken, Forschungsstellen u.a. einzubeziehen,
 - d) Wissenschaftliche und wirtschaftliche Anschlussfähigkeit für eine mögliche notwendige nächste Phase bzw. die nächsten innovatorischen Schritte zur erfolgreichen Umsetzung der Ergebnisse,
 - e) Bereits erfolgte Verwendung (Stückzahlen, Umsatz etc)
4. Arbeiten, die zu keiner Lösung geführt haben,
 5. Präsentationsmöglichkeiten für mögliche Nutzer - z. B. Anwenderkonferenzen, Workshops (Angaben, soweit die Art des Projekts dies zulässt),
 6. die Einhaltung der Ausgaben- und Zeitplanung.

Im Erfolgskontrollbericht kann auf Teile der Abschnitte I und II des Schlussberichts verwiesen werden.

- IV. Als Anlage ist außerdem die Darstellung und der Nachweis der Eigenleistung der Unternehmen beizufügen (siehe Abschnitt 7.3).

Darin müssen einerseits die inhaltliche, personelle und sonstige Beteiligung am Projekt dargestellt und andererseits die Eigenanteile an Barleistungen und unbaren Leistungen gemäß Abschnitt 4.2 nachgewiesen sein.